

<b>P R O T O K O L L</b>	<b>über die 03. Sitzung des Ausschusses für Stadtmarketing, Tourismus und Kultur der Amtsperiode 2019/2024 am Dienstag, dem 26.05.2020 um 18:00 Uhr im Kulturhaus Salzwedel, Kleiner Saal, Vor dem Neuperver Tor 10, 29410 Hansestadt Salzwedel</b>
--------------------------	---

Anwesenheit:

Bürgermeisterin

Sabine Blümel

Vorsitzende/r

Stadträtin Petra Matthias

Stadtrat/Stadträtin

Stadtrat Lothar Heiser

Stadtrat Norbert Hundt

Stadtrat Volker Kreitz

Stadtrat Peter Lahmann

Stadtrat Volker Reinhardt

Stadtrat Maik Rossat

Stadträtin Antje Siegel-Reinhardt

i.V. für Stadtrat Holger Lahne

Sachkundige Einwohner

Frau Heidrun Dreyer

Herr Bernd Zahn

Amtsleiter/in

Frau Anisa Fliegner

Frau Martyna Hartwich

Frau Cornelia Wiechmann

Verwaltung

Frau Marita Runge

Frau Dörte Schulz-Ahrends

Gäste

Stadträtin Ute Brunsch

Stadtrat Wolfgang Kappler

Stadtrat Arne Beckmann

Stadtrat Hanns-Micheal Kochanowski

Stadtrat Marco Heide

Ortsbürgermeister Toni Winkelmann

sachkundiger Einw. Raik Ohlmeyer

Presse

Einwohner

nicht anwesend:

Stadtrat/Stadträtin

Stadtrat Burghardt Schulze

Sachkundige Einwohner

Herr Thomas Böder

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 19:07 Uhr

---

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der zahlenmäßigen Anwesenheit und damit der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ausschussvorsitzende Frau Matthias eröffnet die 03. Sitzung des Ausschusses für Stadtmarketing, Tourismus und Kultur, stellt die ordnungsgemäße Ladung, sowie die zahlenmäßige Anwesenheit und damit die Beschlussfähigkeit fest.  
Sie bedankt sich bei Herrn Lahne, stellvertretender Ausschussvorsitzender, für die letzten beiden geleiteten Sitzungen.

---

**zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gibt keine Änderungsanträge. Der Ausschuss bestätigt mit 8 Ja-Stimmen und 2 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner folgende Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der zahlenmäßigen Anwesenheit und damit der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Änderung der Vermietung von Räumen im Kulturhaus und in Dorfgemeinschaftshäusern
6. Antrag 04/2020 der AfD-Fraktion - Prüfung zur Aufstellung eines Imbisswagens im Park des Friedens
7. Antrag 08/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE - Social Media Auftritte der Stadt, z.B. Facebook, Instagram, Twitter
8. Anfragen und Anregungen

---

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2020**

---

Es gibt keine Einwendungen, die Niederschrift vom 21.01.2020 wird mit 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner genehmigt.

---

**zu 4 Einwohnerfragestunde**

---

Herr Lutz Thiede, kein Einwohner Salzwedels, möchte ein paar Vorschläge zur Verschönerung der Stadt vorbringen.  
Er wird von der Ausschussvorsitzenden Frau Matthias mehrmals darauf hingewiesen, dass er zu diesem Tagesordnungspunkt als Nichteinwohner, nicht sprechen darf.

Da er sich nicht daran hält und noch ein Schriftstück verteilt, wird er des Raumes verwiesen.

**zu 5      Änderung der Vermietung von Räumen im Kulturhaus und in Dorfgemeinschaftshäusern**  
**Vorlage: 2020/105**

---

Herr Hundt äußert sich zur Veranstaltung der AfD, die im Januar im Kulturhaus stattgefunden hat. Er fand es nicht gut. Ein Gespräch mit der Bürgermeisterin ist dazu erfolgt. Inzwischen hat man ein bisschen Distanz zu den Ereignissen gewonnen und es wurde auch in der Fraktion darüber gesprochen. Man ist zur der Meinung gekommen, dass so etwas von der Demokratie ausgehalten werden muss, wenn Populisten ihre Meinung vertreten, auch wenn es unerträglich ist.

Die SPD-Fraktion ist nicht unbedingt für ein Verbot, sollten zugelassene politische Parteien oder Organisationen öffentliche Gebäude anmieten wollen.

Herr Heide findet es gut, dass sich zu dem Thema Gedanken gemacht wurden. Jedoch sieht er die Umsetzung schwierig, politische Organisationen aus den kommunalen Gebäuden bei Anmietung auszuschließen.

Frau Blümel sagt zum Verständnis des Verwaltungsvorschlags, es geht nicht um die Eindämmung der Demokratie, sondern das die Einwohner der Stadt und die Stadt geschützt werden.

In dem Moment, in dem ich an jemanden vermiete, gebe ich das Hausrecht auf. Und dann kann der Mieter entscheiden, wen er reinlässt und wen nicht.

Das Wort Bürgerinitiativen soll aus der Beschlussvorlage (BV) gestrichen werden, fügt Frau Blümel an.

Herr Reinhardt sieht die Demokratie gefährdet. Ein Mietvertrag der geschlossen wird, wird durch die Stadt ja genehmigt oder auch nicht genehmigt.

Hier entgegnet Frau Blümel, dass die Stadt keine Wahl hat und jeden reinlassen muss, nach dem Gleichheitsgrundsatz.

Herr Lahmann sagt, dass gerade die Parteiarbeit eine wesentliche Säule der bürgerlichen Demokratie ist. Die öffentlichen Gebäude sollten dafür zur Verfügung stehen.

Frau Blümel verweist darauf, dass die Beschlussvorlage aufgrund einer Fraktionsvorsitzenden-Runde erstellt wurde.

Herr Hundt stimmt dem zu. Er hat kurz nach den Ereignissen versucht mit seinen Worten darzulegen, wie er darüber gedacht hat. Inzwischen ist etwas Zeit vergangen und man hat noch einmal über alles nachgedacht.

Herr Beckmann wirft ein, wer den Vorschlag der Verwaltung nicht unterstützt, nimmt in Kauf, dass diese Zustände wieder vorkommen können. Ein hohes Kostenrisiko, ein hoher Verwaltungsaufwand wird dann abermals entstehen. Die Mieteinnahmen würden die Kosten eventueller Schäden nicht decken.

Herr Winkelmann merkt an, dass in der BV auch die Dorfgemeinschaftshäuser (DGH) mit eingebunden sind und gerade nur über das Kulturhaus diskutiert wird. Er nennt ein Beispiel zu der Zeit als die Ortschaft Henningen gesplittet wurde. Dort wurden die DGH für Einwohnerversammlungen genutzt, um festzustellen wer ist an einer Ratsarbeit interessiert und möchte sich aufstellen lassen zur Wahl. Nach dieser BV wäre so etwas ja verboten, somit könnte das DGH dafür nicht genutzt werden und Gaststätten gibt es in den Ortschaften nicht mehr.

Frau Blümel antwortet darauf, dass es um größere DGH geht und politische Parteien. In Barnebeck handelt es sich eher um eine Wählergemeinschaft.

Herr Lahmann sagt, dass die Ortschaftsräte in der BV nicht mit einbezogen wurden, was die Vermietung der DGH angeht.

Frau Blümel entgegnet, dass diese mit berücksichtigt sind.

Herr Kappler und Herr Kreitz sagen, dass in der Fraktionsvorsitzenden-Runde diese Beschlussvorlage gewünscht wurde und dieser dann auch zugestimmt wird. Die Diskussion die jetzt dazu aufkommt erschließt sich ihnen nicht. Es wird weiter kontrovers diskutiert, bis es zur Abstimmung kommt.

Der Marketingausschuss lehnt die Beschlussvorlage bei 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, sowie 2 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner ab und gibt diese so an den Stadtrat weiter.

Der Stadtrat beschließt, dass die Räume im Kulturhaus, sowie aller Dorfgemeinschaftshäuser, nicht für Veranstaltungen, Seminare und Tagungen politischer Parteien und vergleichbarer Organisationen (z. B. Fraktionen, Bürgerinitiativen, Wählervereinigungen etc.) vermietet werden. Damit gibt die Hansestadt Salzwedel ihre bisherige Vermietungspraxis auf.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	4
Nein:	4
Enthaltung:	-
sachk. Einw	
Ja:	2
Nein:	-
Enthaltung:	-

#### **zu 6      Antrag 04/2020 der AfD-Fraktion - Prüfung zur Aufstellung eines Imbisswagens im Park des Friedens**

---

Frau Matthias sagt kurz dazu, dass es um die Wiederbelebung im Park des Friedens geht. Frau Blümel bittet Frau Hartwich das Ganze zu erläutern, da es auch um Baurecht geht und ob es dort möglich ist.

Frau Hartwich erklärt, das der Park eine Grün- und Parkanlage ist. Diese unterliegt dem Denkmalschutz und dadurch sind bestimmte Auflagen in dem Bereich möglich.

Der Bestandsschutz kann hier nicht mehr aktiviert werden nach 30 Jahren.

Konkrete Angaben von einem Betreiber, was genau dort angedacht ist, wären wünschenswert. Damit eine Voranfrage zur Rechtssicherung an den Landkreis gestellt werden kann.

Frau Blümel ergänzt, wenn jemand Interesse hat, dort etwas aufzubauen, würde sich die Stadt sofort kundig machen, was machbar ist.

Herr Kochanowski sagt, dass es noch zwei weitere Anträge zur Gestaltung des Park des Friedens gibt, die dann eine Sicherung des Imbisswagens ausmachen könnten.

Der Ansinn des Antrages ist, dass die Stadt eine Ausschreibung tätigt, um einen Betreiber dafür zu finden.

Frau Siegel-Reinhardt sagt dazu, dass sie den Antrag gut findet, da dieser genau das mit weiter denkt, was sie als Konzept für den Tierpark eingereicht hat. Sie hat auch mit zwei Anbietern gesprochen, ob sie sich eine Betreibung eines Imbisses vorstellen könnten.

Derzeit ist aber keine Größe an Leuten planbar und auch Sitzmöglichkeiten würden im Park fehlen.

Die Idee von Frau Siegel-Reinhardt ist, den Antrag erst einmal zurückzustellen, um zu schauen wie man es umsetzen kann und andere Dinge mit einfließen lassen könnte. Herr Hundt äußert, dass es sich um einen Prüfantrag handelt. Und eine Prüfung, was möglich ist oder auch nicht, könnte doch vorgenommen werden.

Es wird kontrovers diskutiert.

Herr Kreitz wirft ein, dass es erstmal ein Antrag zur Prüfung sein sollte, ob es überhaupt möglich ist dort einen Imbisswagen oder ein Gebäude hinzustellen.

Frau Blümel und Frau Hartwich geben noch kurze Ausführungen.

Die Abstimmung zum Antrag, eine Prüfung vorzunehmen, ob im Park des Friedens ein Imbisswagen aufgestellt werden kann, erfolgt.

Der Marketingausschuss spricht sich mit 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 Ja-Stimmen der sachkundigen Einwohner für den Antrag aus.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	-
Enthaltung:	1
sachk. Einw	
Ja:	2
Nein:	-
Enthaltung:	-

### **zu 7      Antrag 08/2019-2024 der Fraktion DIE LINKE - Social Media Auftritte der Stadt, z.B. Facebook, Instagram, Twitter**

---

Frau Blümel sagt als erstes, dass der Antrag aufgenommen wurde, doch der/die Bürgermeister/in selbst entscheiden kann, wie eine Stadt präsentiert wird und in welchen Medien man auftritt um über Verwaltungsarbeit zu informieren.

Die meisten Hauptverwaltungsbeamten halten es für ausreichend, wenn man über die eigene Homepage vertreten ist, über die Regionalpresse und es gibt öffentliche Sitzungen, zu denen jeder Bürger kommen kann.

Das Kulturamt ist bei Facebook mit anstehenden Veranstaltungen vertreten, dies bleibt auch so. Andere Dinge werden nicht verändert.

Hinweise und Wünsche zur Verbesserung der Homepage werden gern angenommen.

Herr Hundt fragt nach der App ‚Sag´s uns einfach‘.

Frau Blümel sagt, die App wurde gleich nach Beschlussfassung in Auftrag gegeben. Diese muss vom Land beantragt werden.

Frau Hartwich ergänzt, dass die App in Arbeit ist und vermutlich Mitte nächsten Monats geschaltet werden kann.

Frau Siegel-Reinhardt sagt, dass sie verstehen kann, dass es zu Anfang bedenken gibt, gerade weil man vielleicht auch mit einem Shitstorm rechnet. Trotzdem wäre es schön zu überlegen, wie kann sich die Stadt für Touristen, für Bürger darstellen. Gerade die jüngeren Menschen lesen kaum noch Zeitung, sondern schauen eher ins Handy.

Sie spricht weiter an, dass man als Bürger zu jeder Sitzung gehen müsste, weil man ja nicht weiß, welche Themen in welchen Sitzungen besprochen werden.

Frau Blümel entgegnet, dass dies immer auf der Homepage der Stadt zu ersehen ist.

Frau Siegel-Reinhardt wäre es wichtig zu prüfen, sind wir offen für Social-Media um etwas neues anzugehen.

Frau Fliegner informiert darüber, was der Landesdatenschutzbeauftragte zu Auftritten von Kommunen bei Facebook sagt.

Die Datenschutzkonferenz, das ist die Konferenz der unabhängigen Datenschutzaufsichtsbehörden des Bundes und der Länder. Diese Konferenz hat gesagt, dass es nicht möglich ist ein Facebook-Auftritt Datenschutzkonform zu betreiben. Die Staatskanzlei Sachsen-Anhalts hat ihren Account deswegen wieder abgeschaltet.

Es ist nicht möglich zu ersehen, wohin Facebook die Daten leitet, was damit passiert.

Herr Heide meint, dass die meisten Menschen in den sozialen Netzwerken unterwegs sind und haben ihre Nachrichtenkanäle ausgewählt. Wenn genau dort die Informationen nicht zu sehen sind, nehmen sie diese natürlich nicht wahr.

Ihn würden mal die Klick-Zahlen der Stadthomepage interessieren.

Er spricht sich für Social-Media Plattenformen aus und diese zur Präsentation zu nutzen.

Frau Blümel antwortet, dass Amtskollegen z.B. schon mindestens eine Halbtagskraft zur Pflege der Social-Media Auftritte einstellen wollen.

Sie sieht keine Veranlassung Facebook beizutreten, ist aber offen für Anregungen zur Umgestaltung der Homepage.

Frau Blümel sagt, wenn sie an die Bombenentschärfung zurück denkt, das die Bürger mitgeteilt haben, das sie alle Informationen auf der Homepage der Stadt finden konnten und dadurch sehr gut informiert wurden.

Es wird kontrovers diskutiert und Meinungen geäußert.

Frau Wiechmann antwortet noch auf die Frage von Herrn Heide. Die Klickzahlen auf der Homepage der Stadt sind sehr gut. Dies wurde vom Kulturbereich mal nachgesehen.

Frau Blümel macht den Vorschlag, die Kultur-Facebook-Seite etwas auszubauen, dabei geht es ja auch um Stadtentwicklung.

Eine Abstimmung zum Antrag gibt es nicht, da es dem Hauptverwaltungsbeamten obliegt, wie die Stadt kommuniziert und worüber sie informiert. Dies gehört zum laufenden Geschäft der Verwaltung und wird der Bürgermeisterin zugewiesen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit aufgenommen, damit einfach mal über das Thema diskutiert wurde.

## **zu 8      Anfragen und Anregungen**

---

Herr Reinhardt fragt nach, warum ein Antrag der sozusagen vom Ausschuss abgelehnt wurde, dann trotzdem weiter geht in der Beratungsfolge.

Frau Blümel antwortet, dass er zwar in diesem Ausschuss abgelehnt wurde, jedoch im Hauptausschuss erneut beraten wird. Der Stadtrat beschließt dann letztendlich.

gez. Petra Matthias  
Ausschussvorsitzende

gez. Dörte Schulz-Ahrends  
Protokollführung